



Protokoll der 54. Sitzung der Internationalen Parlamentarischen Bodenseekonferenz (IPBK)

Datum: 16. Oktober 2020
 Zeit: 9.30 – 12.15 Uhr und 14.15 – 15.15 Uhr
 Ort: Sternensaal Schruns
 Vorsitz: Harald Sonderegger, Präsident des Vorarlberger Landtags

Tagesordnung/Traktanden

- | | |
|--|----|
| 1. Begrüßung durch den Vorsitzenden | 3 |
| 2. Informationen über den Konferenzort | 4 |
| 3. Informationen aus der IBK: Stand der Umsetzung des Leitbilds, Zielbild Raum und Verkehr und grenzüberschreitende Pandemieplanung | 5 |
| 4. Genehmigung des Protokolls der 53. Sitzung vom 15. November 2019 | 7 |
| 5. Wasserkraft in Vorarlberg | 7 |
| 6. Grenzüberschreitende Verständigung der Polizei im Fall von Not- und Unfällen auf dem Rhein | 9 |
| 7. Baustoffgewinnung bzw. Verkauf und Export von Kies im Bodenseeraum | 11 |
| 8. Resolution „Grenzüberschreitende Pandemieplanung und koordiniertes Vorgehen im Bodenseeraum“ | 12 |
| 9. Bericht der Arbeitsgruppe Flughafen Zürich/Fluglärm und Information über den von der Arbeitsgruppe erarbeiteten, vorläufigen Ergebnisstand für einen Resolutionsentwurf | 13 |
| 10. Informationen und allfällige Anträge aus dem Steuerungsausschuss | 15 |
| – Bericht des Vorsitzenden zum Thema Neophyten | |
| – Bericht des Vorsitzenden zum Thema Charta Metropolitanraum Bodensee | |
| – Weitere Vorgehensweise „Zielbild Raum und Verkehr“ | |
| – Information zur Pendenzenliste | |

| | |
|---|----|
| 11. Informationen des Internationalen Städtebundes Bodensee (ISB) | 16 |
| 12. Öffentlicher Personennahverkehr in Vorarlberg | 17 |
| 13. Verschiedenes | 18 |
| 14. Übergabe an den Kanton St. Gallen | 19 |

Teilnehmende

| | |
|------------------------|--|
| Vorarlberg | Sonderegger Harald, Landtagspräsident Schuster-Burda Heidi, Landtagsabgeordnete Metzler Christoph, Landtagsabgeordneter |
| Bayern | Freller Karl, 1. Vizepräsident des Landtags Jäckel Andreas, Landtagsabgeordneter Siekmann Florian, Landtagsabgeordneter |
| Appenzell Innerrhoden | Rhiner Matthias, Grossratspräsident Koller Alfred, Mitglied des Grossen Rates |
| Appenzell Ausserrhoden | Müller Margrit, Kantonsratspräsidentin |
| St. Gallen | Cozzio Bruno, Kantonsratspräsident Gartmann Walter, Kantonsrat Hess Sandro, Kantonsrat Raths Robert, Kantonsrat |
| Schaffhausen | Laich Lorenz, Kantonsratspräsident Mannhart Hedy, Kantonsrätin Müller Markus, Kantonsrat Zubler Kurt, Kantonsrat |
| Thurgau | Senn Norbert, Grossratspräsident Kaufmann Brigitte, Mitglied des Grossen Rates Schallenberg Turi, a.Grossratspräsident |
| Zürich | Schmid Roman, Kantonsratspräsident Scherrer Benno, 1. Vizepräsident des Kantonsrats Guyer Esther, 2. Vizepräsidentin des Kantonsrats Bürgin Yvonne, Kantonsrätin |
| Referenten/Gäste | Kuster Jürgen, Bürgermeister Schruns Rüscher Martina, Landesrätin, Vorarlberg Mennel Helmut, Vorstand illwerke vkw AG Tanner Martin, Chef Verkehrspolizei Schaffhausen Klammsteiner Jürgen, Finanzleiter, Verkehrsverbund Vorarlberg GmbH Schnell Klaus-Dieter, Leiter der Geschäftsstelle der IBK Steiner Rolf, Geschäftsführer toolbox Design & Kommunikation GmbH, Zürich |

| | |
|-------------------|---|
| Parlamentsdienste | Goldgruber-Reiner Borghild, Landtagsdirektorin, Vorarlberg Hofer Johannes, Protokollführer, Vorarlberg Heidenreich Sarah, Büro Karl Freller, Bayern Renn Matthias, Geschäftsführer Vertretungen, St. Gallen Lenherr Melanie, Assistenz Vertretungen, St. Gallen Gyger Emanuel, Koordinationsstelle für Außenbeziehungen, Schaffhausen Zurbuchen Ricarda, Leiterin Parlamentsdienste, Thurgau von Wyss Moritz, Leiter Parlamentsdienste, Zürich |
|-------------------|---|

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden

Vorsitzender Harald Sonderegger: Sie können sich kaum vorstellen, wie groß meine Freude ist, Sie alle hier im Sternensaal in Schruns zu unserer diesjährigen IPBK-Konferenz begrüßen zu können. Ich darf hiermit die 54. Sitzung der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz eröffnen und ich heiße Sie alle sehr herzlich willkommen.

Wir schreiben heute in Schruns, wie ich meine, ein Stück IPBK-Geschichte: Die erste Konferenz unter Pandemie-Bedingungen findet statt. Im März löste das Covid-19-Virus in Österreich, Deutschland und der Schweiz einen Lockdown aus und die Grenzen waren für einige Wochen geschlossen. In der Folge mussten wir die für April anberaumte Frühjahrskonferenz leider absagen. Exakt vier Tage vor dem PräsidentInnentreffen, das wir auf den 19. Juni anberaumt hatten, wurden die Grenzen im Bodenseeraum wieder geöffnet und wir konnten uns im Landhaus in Bregenz zu unserem Austausch treffen.

Wir haben alles darangesetzt, die Herbstkonferenz austragen zu können. Für die Mühen und das Durchhaltevermögen in diesem Zusammenhang möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Landtagsdirektorin Borghild Goldgruber-Reiner und meinem Team bedanken. Besonders bedanken möchte ich mich auch beim Steuerungsausschuss, der uns in dieser Zeit wertvoller und wichtiger Ansprechpartner und Unterstützer war.

Ich freue mich wirklich und aufrichtig, dass die heutige Herbstkonferenz stattfinden kann – selbstverständlich mit allen gebotenen Sicherheitsmaßnahmen. Außer von Baden-Württemberg und Liechtenstein sind aus allen Mitgliedsländern Delegierte da. Der Zusammenhalt heute widerspiegelt den Zusammenhalt unter den Mitgliedsländern und -kantonen und gibt uns einen positiven Impuls in diesen herausfordernden Zeiten. Ein aufrichtiges Dankeschön an Euch alle!

Der Vorsitzende gibt einige organisatorische Hinweise zur regelmäßigen Lüftung des Saals, der Bedienung der Sprechgeräte, der Abstimmung per Handzeichen und der geplanten Unterbrechung zu Mittag.

Wenn es zur Tagesordnung, die Ihnen allen zugegangen ist, keine Anmerkungen mehr gibt, dann setze ich Ihr Einverständnis dazu voraus.

Keine weiteren Wortmeldungen.

2. Informationen über den Konferenzort

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Bürgermeister Kuster.

Bürgermeister Jürgen Kuster: Es freut mich, dass Sie heute in Schruns sind. Ich darf auch die Grüße der Bürgermeisterkollegen des ganzen Tales überbringen. Der Sternensaal, in dem wir uns befinden, steht unter Denkmalschutz. Er gehörte ursprünglich zu einem Gasthaus, das nach dem Zweiten Weltkrieg abgerissen wurde. Eigentümer des Saals ist die Pfarre, die Finanzierung übernimmt zu einem großen Teil die Gemeinde.

Schruns ist mittlerweile ein Tourismusort – ursprünglich war es eine bäuerlich geprägte Kleingemeinde hier im Tal. Das Tal ist ca. 40 Kilometer lang und umfasst zehn Gemeinden, die in einem Regionalverband, dem Stand Montafon, organisiert sind.

Mit 4000 Einwohnern ist Schruns unter den zehn Gemeinden die größte, sie hat eine zentralörtliche Funktion. Wir haben einen kleinen, aber feinen Ortskern und dürfen uns seit vielen Jahren als Marktgemeinde bezeichnen. Es gibt in der Nachbarschaft einen großen Platz, wo vor hundert, zweihundert Jahren der größte Viehmarkt Vorarlbergs stattgefunden hat. Aber die Zeiten haben sich geändert: Heute parken dort die Menschen ihre Autos, wenn sie Ski fahren gehen. Manuel Bitschnau hat Ihnen ja gestern bereits in einem Vortrag den Tourismus im Tal nähergebracht.

Ich habe bereits erwähnt, dass die zehn Gemeinden in einem Regionalverband organisiert sind. Derart kleine Kommunen erreichen alleine wenig; Aufgaben wie die Abwasserreinigung oder die Kinderbetreuung können wir nur gemeinsam stemmen.

Das funktioniert sehr gut, auch wenn die Gemeinden selbstverständlich ein wenig im Wettbewerb stehen. Das ist meiner Meinung nach aber kein Fehler – letztlich sollte über allem der „Talschaftsgedanke“ stehen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Bürgermeister Kuster und betont, dass Kooperationen wie die geschilderte die Gemeindeebene für die Zukunft stärken.

3. Informationen aus der IBK: Stand der Umsetzung des Leitbilds, Zielbild Raum und Verkehr und grenzüberschreitende Pandemieplanung

Der Vorsitzende begrüßt Frau Landesrätin Martina Rüscher.

Landesrätin Martina Rüscher: Nachdem ich bereits früher selbst als Delegierte an IPBK-Konferenzen teilnehmen durfte, ist es mir eine besondere Freude, heute zu ihnen sprechen zu dürfen.

Das Leitbild 2030 der IBK gibt in mehreren Schwerpunkten die groben Leitlinien vor. Entsprechende Maßnahmen werden in der jeweiligen Strategie der IBK – aktuell in der IBK-Strategie 2018 bis 2022 – aufgegriffen. Die zwei Schwerpunkte, über die ich heute berichten darf, sind die Gestaltung des Raumbilds der Bodenseeregion und die Verbesserung der Bedingungen für die Verkehrsanbindungen. In Bezug auf das Raumbild gibt es viele Anforderungen von verschiedensten Seiten, die es unter ein Dach zu bringen gilt.

Das Thema Verkehrsanbindung ist ebenfalls sehr wichtig, denn die steigende Mobilität bringt viele Herausforderungen mit sich. Es gilt, die Mobilität so zu planen, dass sie für uns verträglich ist; trotzdem müssen wir weiterhin gute Verkehrsverbindungen gewährleisten und stärken. Nach der IPBK-Resolution für eine nachhaltige Raum- und Verkehrsentwicklung in der Bodenseeregion wurden folgende Schritte gesetzt:

Im Mai 2019 beauftragte die IBK die Raumordnungskonferenz Bodensee mit der Erarbeitung eines Zielbilds Raum und Verkehr. Im Oktober desselben Jahres fand ein entsprechender Workshop in Ruggell statt. Das Zielbild ist im Wesentlichen in zwei Teile geteilt: Es gibt einerseits einen Kartenteil und andererseits einen Textteil. Im Kartenteil werden die Räume entsprechend dargestellt. Dort werden der städtisch geprägte Raum, der gemischt geprägte Raum, der kulturlandschaftlich geprägte Raum, der naturlandschaftlich geprägte Raum und der intensiv touristisch geprägte Raum bearbeitet. Dabei wurde der Fokus auf die übergeordneten Nutzungen gelegt. Im Textteil werden die Hauptpunkte *Bedeutung des Zielbilds, Zielsetzungen, Raumgliederung* und *die entsprechenden Maßnahmen* unterschieden.

Diese Maßnahmen sollen für uns eine wesentliche Leitlinie sein. Sie sollten ursprünglich in einem nächsten, für März 2020 geplanten, Workshop besprochen werden, der aufgrund der Pandemie abgesagt werden musste. Dieser Workshop soll nun voraussichtlich am 12.11.2020 in Schaffhausen nachgeholt werden. Sobald das Zielbild Raum und Verkehr erarbeitet wurde, soll es im Frühjahr 2021 dem Ständigen Unterausschuss der IBK übergeben werden. Auch den Delegierten der IPBK soll eine Zusammenfassung dieses Zielbilds Raum und Verkehr auf der Frühjahrskonferenz 2021 präsentiert werden.

Vorsitzender Harald Sonderegger: Vielen Dank, Martina, für diesen ersten Teilbericht. Wenn es dazu keine Fragen gibt, kommen wir zum Themenblock der grenzüberschreitenden Pandemieplanung. Es gibt dazu bekanntlich den 6-Punkte Beschluss der IBK vom Sommer, den wir Parlamentarier mit einer Resolution unterstützen wollen.

Landesrätin Martina Rüscher: Die Pandemie ist eine gemeinsame Herausforderung, die wir miteinander bewältigen müssen. Bei einem Treffen im Juni dieses Jahres haben die Regierungschefs sehr begrüßt, dass die Grenzen wieder geöffnet wurden. Wir möchten unbedingt, dass sie offenbleiben. Die Kommission *Gesundheit und Soziales* wurde daher beauftragt, ein Konzept für eine grenzüberschreitende Pandemieplanung zu erarbeiten. Es wurde diesbezüglich klar festgehalten, dass es nicht darum geht, die Strategien der einzelnen Staaten und Regionen zu verändern. Es soll ein gemeinsamer Weg definiert werden und eine gute gegenseitige Information über das Infektionsgeschehen und die jeweiligen Maßnahmen erfolgen.

Trotz unterschiedlicher Meldesysteme ist es gelungen, einen gemeinsamen Weg zu finden, wie wir uns gegenseitig über das Infektionsgeschehen in den verschiedenen Staaten informieren können. Dazu ist ein IBK-Sharepoint, eine Cloud-Lösung, in Ausarbeitung. Derzeit findet ein Probelauf statt, der bereits sehr gut funktioniert.

Es findet außerdem ein Ländervergleich der Maßnahmenplanung statt, der nach meiner Ansicht noch verstärkt werden sollte. Es gibt unterschiedliche Maßnahmen beiderseits der Grenzen, was uns immer wieder vor Herausforderungen stellt. Beispielsweise besteht in Vorarlberg derzeit eine Sperrstunde für die Gastronomie ab 22.00 Uhr, die Bevölkerung nutzt aber gerne das Angebot im Bereich der Nachtgastronomie/Eventgastronomie gerade im Kanton St. Gallen. Ich habe sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass auch in St. Gallen die Maßnahmen wieder verschärft werden.

Robert Raths: Eine Nachbemerkung als Stadtpräsident von Rorschach zur Eventgastronomie: Wir haben einen großen Stadthofsaal, der über Wochen von einem Eventmanager aus Lustenau ausgebucht war. Ich habe hier ein Machtwort gesprochen, um bei der Eindämmung mit den Österreichern mitzuziehen.

Florian Siekmann: Beim Thema Grenzsicherungen treffen die Kompetenzen von Bund und Ländern aufeinander. Inwieweit besteht darüber ein Austausch mit den nationalen Regierungen?

Landesrätin Martina Rüscher: Das ist auch uns ein wichtiges Anliegen, weil wir an die bundesweiten Vorgaben gebunden sind. Auf Bundesebene gibt es täglich einen intensiven Austausch in einem eigenen Stab, in den wir unsere Wünsche und Anmerkungen zur Situation einfließen lassen. Innerhalb der Länder haben wir auch die besondere Situation, dass die Sicherheitsbehörden und die Gesundheitsbehörden unterschiedliche Auslegungen der Maßnahmen tref-

fen. In diesen Fällen versuchen wir, Einigkeit in der Auslegung herzustellen. Außerdem versuchen wir, die Botschaften als Kanäle zu den Nachbarstaaten zu nutzen und unsere Datengrundlage gut zu kommunizieren.

Für uns ist der Wintertourismus ein großes Thema, das einige strategische Fragen mit sich bringt. Wir bereiten uns im Moment auf einen sorgsamem Wintertourismus mit sehr guten Präventionskonzepten vor und versuchen, diesbezüglich auf Bundes-, Landes- und zwischenstaatlicher Ebene gut zusammenzuarbeiten.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Landesrätin Martina Rüscher, die mit der Anfahrt aus dem Bregenzerwald ins Montafon praktisch die weiteste mögliche Entfernung im Land zurückgelegt hat. Er verweist auf den Resolutionsentwurf „Grenzüberschreitenden Pandemieplanung und koordiniertes Vorgehen im Bodenseeraum“, über den in Tagesordnungspunkt 8. abgestimmt wird.

4. Genehmigung des Protokolls der 53. Sitzung vom 15. November 2019

Das Protokoll der 53. Sitzung der IPBK vom 15. November 2019 wird ohne Änderungen genehmigt.

5. Wasserkraft in Vorarlberg

Vorsitzender Harald Sonderegger: Ich begrüße ganz herzlich Helmut Mennel, der mit Christof Germann den Vorstand der illwerke vkw AG bildet. Das Unternehmen ist der größte Energieversorger in Vorarlberg und steht im überwiegenden Eigentum des Landes. Ich darf vorausschicken, dass wir als Land sehr stolz auf die illwerke vkw AG und ihren wirtschaftlichen Erfolg sind.

Helmut Mennel führt anhand einer Präsentation durch seinen Vortrag (Anlage 1). Im Folgenden werden hauptsächlich ergänzende Informationen zu den Folien wiedergegeben.

Folie 2: Die Vorarlberger Energienetze GmbH, ein Tochterunternehmen der illwerke vkw AG, betreibt ein Verteilnetz in Vorarlberg, ein weiteres Verteilnetz betreiben wir im Westallgäu bis nach Wangen.

Als Strom- und Gasversorger ist unser Arbeitsgebiet Österreich und Deutschland.

Der Tourismusbereich ist unser kleinstes Geschäftsfeld. Es ist aus den Transportanlagen unserer Kraftwerke entstanden, die dann auch für touristische Zwecke genutzt wurden.

Folie 3: Unser Unternehmen hat eigene Wasserkraftwerke und auch Beteiligungen an Donaukraftwerken. Bei diesen haben wir auf Bestandsdauer Bezugsrechte von 0,5 TWh pro Jahr. Der Maximalbedarf beträgt in Vorarlberg ca. 0,5 GW – dieser Wert wird irgendwann im Winter um die Mittagszeit erreicht. Unsere Turbinenleistung ist also ungefähr fünfmal so groß wie der Maximalbedarf in Vorarlberg.

Folie 4: Durch unsere Kraftwerksgruppe wird pro Jahr etwa eine Milliarde Kubikmeter Wasser abgearbeitet. Der Beginn dieser Kraftwerksgruppe liegt 90 Jahre zurück. Im Jahr 1930 wurden das Kraftwerk Vermunt in Betrieb genommen und eine Leitung bis ins Rheinland gebaut. Erstmals wurden ein alpines Speicherkraftwerk und ein Kohlekraftwerk miteinander verbunden. Das war der Beginn des europäischen Verbundnetzes.

Folie 9: Der geringe prognostizierte Anstieg der Wasserkraft in der EU hängt auch mit dem bereits hohen Ausbaugrad in diesem Bereich zusammen.

Folie 11: Gesetzliche Grundlage ist das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz. Eine große Novelle zu diesem Gesetz ist derzeit in Begutachtung. In Vorarlberg sehen wir Ausbaupotenzial in der Photovoltaik und auch in der Wasserkraft, das Windkraftpotenzial liegt dagegen im Osten Österreichs.

Folie 12: Es gibt Zeiten, in denen Photovoltaik und Wind mehr Energie produzieren, als verbraucht wird (Residuallast -7,6 GW). Umgekehrt gibt es auch Zeiten, in denen kein Wind weht und keine Sonne scheint, aber der Energiebedarf hoch ist (Residuallast 8,7 Gigawatt). Somit haben wir großen Bedarf an Flexibilität.

Folie 14: Bei einer P2X-Umwandlung wird aus regenerativem Strom z.B. Wasserstoff erzeugt, der dann methanisiert wird. Ein Thema, das noch in der weiteren Zukunft liegt, ist die Verbindung verschiedener Energiesysteme miteinander.

Christoph Metzler: Ich denke, es bestehen noch Einsparpotenziale im Energiebereich?

Helmut Mennel: Die gesetzten Ziele sind nur erreichbar, wenn alle Einsparpotenziale realisiert werden. Damit Vorarlberg etwa das Ziel der Energieautonomie 2050 (<https://www.energie-autonomie-vorarlberg.at/de/>) erreicht, muss der Gesamtenergieverbrauch von ca. 10 TWh pro Jahr auf knapp über 4 TWh pro Jahr sinken. Ein schönes Beispiel dafür, wie neue Technologien große Einsparungen bringen können, ist das Licht: Der Ersatz einer alten Beleuchtungsanlage durch eine LED-Anlage kann den Energieverbrauch teilweise auf 20 Prozent senken.

Kurt Zubler: Es heißt oft, dass sich die öffentliche Hand als Eigentümer eines Energieunternehmens schlecht eignet. Ist das in Vorarlberg ein Thema?

Helmut Mennel: Das Land Vorarlberg hat sich zur Eigentümerschaft des Unternehmens bekannt. Es handelt sich um eine wichtige Infrastruktur, die für den Umbau des Energiesystems und die Zielerreichung in Vorarlberg hohe Bedeutung hat. Wir sind auch als Aktiengesellschaft organisiert und klar darauf ausgelegt, Gewinne zu erwirtschaften. Wir können für das Budget des Landes jedes Jahr schöne Beiträge bereitstellen.

Vorsitzender Harald Sonderegger: Aus meiner Sicht ist es eine nebensächliche Frage, ob die öffentliche Hand oder private Eigentümer hinter einem erfolgreichen Unternehmen stehen. Das Entscheidende ist die Haltung, die der jeweilige Eigentümer in das Unternehmen einbringt.

Lorenz Laich: Wie sind in Vorarlberg die politischen Befindlichkeiten, wenn es etwa um die Frage der Erweiterung der Stauseen geht? In der Schweiz haben sich da teilweise Umweltschutzorganisationen dagegengestellt.

Helmut Mennel: Es gibt ein klares Bekenntnis in Form eines Allparteienbeschlusses des Vorarlberger Landtags zum Ausbau der Wasserkraft. Wir haben vor zwei Jahren das Obervermuntwerk II in Betrieb genommen, das auch in diesem Beschluss enthalten war. Die Anlage ist vollständig unterirdisch gebaut, zwischen zwei bestehenden Seen – bei neuen Seen oder Vergrößerungen von Seen wird die Sache selbstverständlich wesentlich schwieriger. Ich glaube, es braucht einen Konsens in der Politik zum Ausbau, wenn ein solcher gelingen soll. Ich gebe aber zu, dass die Behördenverfahren immer schwieriger werden.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Mennel und hält fest, dass das Thema der Energieversorgung und möglicher Flexibilitätslösungen die Parlamente auch in den nächsten Jahren noch beschäftigen wird.

6. Grenzüberschreitende Verständigung der Polizei im Fall von Not- und Unfällen auf dem Rhein

Vorsitzender Harald Sonderegger: Der Delegierte Kurt Zubler (Schaffhausen) hat den gegenständlichen Vortrag bereits im Rahmen der Herbstkonferenz 2019 angemeldet. Hintergrund war ein Schiffsunfall auf dem Hochrhein, bei dem sich in der grenzüberschreitenden Rettung Kommunikationsprobleme zwischen den Rettungskorps zeigten. Als Referenten hat er Herrn Hauptmann Martin Tanner, Chef der Verkehrspolizei Schaffhausen, vorgeschlagen, den ich herzlich begrüßen darf.

Hauptmann Martin Tanner führt anhand einer Präsentation durch seinen Vortrag (Anlage 2). Im Folgenden werden hauptsächlich ergänzende Informationen zu den Folien wiedergegeben.

Folie 6: Die rot dargestellten Rufgruppen stehen der Polizei zur Verfügung, die blau dargestellten Rufgruppen weiteren Blaulichtorganisationen.

Folie 7: Gerade in einem Notfalleinsatz wird die Kommunikation erschwert, wenn zwei Funkgeräte mit unterschiedlichem Aufbau bedient werden müssen.

Folie 8: Über die „Cross-Border-Communication“ steht nur ein Kanal zur Verfügung, was aus datenschutzrechtlicher Sicht bedenklich ist.

Vorsitzender Harald Sonderegger: Für unser Gremium stellt sich die Frage, wie wir mit dem Thema weiter umgehen wollen. Ich sehe zwei mögliche Vorgehensweisen, die ich gerne zur Debatte stellen würde:

- Eine Art „Watching“, d.h. wir würden die Thematik im Blick behalten und uns in einem angemessenen Zeitabstand über den Fortschritt informieren lassen. Dabei sind wir als Parlamentarier in unserem jeweiligen Umfeld gefordert, das Thema an die richtigen Stellen zu transportieren, damit die Lösungssuche verfolgt wird.
- Gemäß den Statuten wäre auch die Einführung einer eigenen Arbeitsgruppe möglich.

Markus Müller: Die vorgeschlagenen Wege sind realistisch, ich tendiere zu ersterem. Ich habe noch eine Anschlussfrage: Von Bürgern wurde mir gegenüber der Wunsch geäußert, dass Wiften zur Unfallvorbeugung beleuchtet werden sollten, da sie bei Nacht offenbar nur schwer sichtbar sind. Eine Wiffe mittels Solarzelle zu beleuchten wäre wohl kein Problem. Ist das eine Überlegung wert?

Hauptmann Martin Tanner: Ich denke, ja. Wir sind in einer Arbeitsgruppe, in der es um die Entfernung von gewissen Schifffahrtszeichen geht. Ich werde das Thema dort einbringen, gebe aufgrund bisheriger Erfahrungen aber zu bedenken, dass Naturschutzorganisationen eventuell Einwände haben könnten.

Bruno Cozzio: Ich sehe unsere Aufgabe als Parlamentarier nicht darin, zu entscheiden, welche Lösungsvariante in Frage kommt. Als strategisches Organ müssen wir entscheiden, dass wir in unseren Ländern und Kantonen den entsprechenden parlamentarischen Vorstoß machen, damit die Regierungen den Auftrag bekommen, eine Lösung zu erarbeiten.

Lorenz Laich: Die Nutzung des Bodensees und des Hochrheins ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Ich denke, dass sich diese Entwicklung fortsetzt. Damit können auch Notfallsituationen in dieser Region zunehmen. Wenn man bedenkt, was es kostet, wenn Rettungseinsätze mehrfach besetzt werden, weil die Kommunikation nicht funktioniert, dann amortisieren sich die Gesamtkosten für eine taugliche Lösung relativ schnell. Ich bin der Meinung, dass man das Thema aufs Tapet bringen und anordnen sollte.

Kurt Zuber: Es gäbe noch eine dritte Variante, nämlich eine Resolution, mit der die IBK beauftragt wird, sich einer Lösung anzunehmen.

Vorsitzender Harald Sonderegger: Danke für diesen Vorschlag. Der Steuerungsausschuss hat sich damit bereits beschäftigt. Wir waren uns nicht sicher, ob sich das Thema für einen formellen Resolutionsbeschluss eignet. Es würde bis zum nächsten Jahr dauern, bis ein entsprechender Entwurf formuliert wäre. Vorstellbar wäre, die Forderung einerseits über unsere lokalen Möglichkeiten aufzugreifen, andererseits als Ergebnis der heutigen Diskussion den Wunsch an die IBK weiterzuleiten, dass sie sich der Fragestellung annehmen und eine gemeinsame Lösung suchen möge.

Wir würden empfehlen, dass dann im nächsten Jahr ein Bericht darüber erfolgt, was sich in dem Anliegen getan hat. Auf diese Weise könnten wir vielleicht etwas schneller vorankommen. Könntet Ihr Euch dieser Vorgehensweise anschließen?

Kurt Zuber: So, wie Du das Vorgehen jetzt beschrieben hast, kann ich mich anschließen. Das ist ein pragmatischer Weg.

Vorsitzender Harald Sonderegger: Danke für diese Zustimmung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, dass das nicht der Fall ist. Wir werden somit das Ergebnis der heutigen Diskussion und den Problemaufriss der IBK sowie allen kantonalen und den Länderregierungen übermitteln.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Hauptmann Tanner für seinen Vortrag und seine Arbeit in Richtung möglicher Lösungsszenarien für die geschilderten Herausforderungen.

7. Baustoffgewinnung bzw. Verkauf und Export von Kies im Bodenseeraum

Vorsitzender Harald Sonderegger: Dieses Thema wurde vom Delegierten Martin Hahn (Baden-Württemberg) angemeldet. Er hatte um eine Aussprache in der Konferenz gebeten und wollte selbst in die Thematik einführen. Da Herr Hahn heute leider nicht hier sein kann, hat er gebeten, diesen Punkt von der Tagesordnung zu nehmen. Wir werden das Thema aber jedenfalls in die Pendenzenliste aufnehmen. Ich setze das Einverständnis voraus, dass wir diesen Tagesordnungspunkt damit bewenden lassen können?

Keine weiteren Wortmeldungen.

8. Resolution „Grenzüberschreitende Pandemieplanung und koordiniertes Vorgehen im Bodenseeraum“

Vorsitzender Harald Sonderegger: Als Vorsitzender der IPBK habe ich im Juli einen ersten Resolutionsentwurf unter dem vorliegenden Titel ausarbeiten lassen. Außerdem wurde uns vom Delegierten Florian Siekmann (Bayern) ein Resolutionsentwurf mit ähnlichem Inhalt angekündigt, der Mitte August (nach einer Abstimmung mit dem Delegierten Metzler, Vorarlberg) übermittelt wurde. Wir haben uns daraufhin bemüht, einen gemeinsamen Weg in der Textierung zu finden. Das Ergebnis ist Ihnen in Form des vorliegenden Resolutionsentwurfs zugegangen. Der Steuerungsausschuss hat ihn in seiner Sitzung am 18. September 2020 befürwortet und ihn für eine Abstimmung in der heutigen Sitzung vorgesehen. Gibt es Änderungswünsche zum eingeblendeten Entwurfstext?

Benno Scherrer: Ich habe Anfang April von einer Gruppierung einen Petitionstext erhalten, der dieses Thema anspricht. Darin war der Wunsch beinhaltet, dass es auch Erleichterungen für Familien geben soll. Im Resolutionsentwurf ist von unverheirateten Personen in Lebensgemeinschaften die Rede. Gibt es eine Einschätzung zu den unterschiedlichen Formulierungen? Meine zweite Frage lautet: Wurde diese Petition von Anfang April auch an andere Anwesende übermittelt?

Vorsitzender Harald Sonderegger: Wir haben die Petition jedenfalls nicht erhalten. Die Formulierung ist darin begründet, dass es für familiäre Besuchssituationen und Ehebeziehungen ohnehin bereits Erleichterungen gab. Der Text zielt auf die Gruppe der unverheirateten Personen in Lebensgemeinschaften ab, da es in diesem Bereich Diskussionen und Interventionen gab. Es handelt sich um einen Detailpunkt, der in den Erstentwurf eingearbeitet wurde.

Florian Siekmann: Die Ergänzung rührt daher, dass wir bis Mitte Juni Probleme bei den unverheirateten Lebenspartnern hatten, weil für diese eben keine Ausnahmeregelungen galten. Falls die Ein- und Ausreise wieder beschränkt würde, was ich nicht hoffe, ist die Intention, dass es angemessene Ausnahmeregelungen geben soll und nicht wieder einzelne Personengruppen außen vor bleiben.

Vorsitzender Harald Sonderegger: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen zum vorgeschlagenen Resolutionsentwurf gibt, können wir darüber abstimmen. Der Entwurf wurde auch an alle heute nicht Anwesenden mit der Bitte übermittelt, eventuelle Bedenken mitzuteilen. Wir haben keine diesbezüglichen Meldungen erhalten.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Ich darf zur Abstimmung formal noch informieren, dass Artikel 13 unseres Statuts bestimmt, dass unser Gremium Resolutionen mit Vierfünftel-Mehrheit der stimmenden Delegationsmitglieder verabschieden kann, sofern kein Mitgliedsland oder -kanton sein Veto einlegt.

Abstimmung

Die 22 anwesenden Delegierten stimmen der Resolution einstimmig zu.

9. Bericht der Arbeitsgruppe Flughafen Zürich/Fluglärm und Information über den von der Arbeitsgruppe erarbeiteten, vorläufigen Ergebnisstand für einen Resolutionsentwurf

Vorsitzender Harald Sonderegger: Der Delegierte Markus Müller wird uns als Vorsitzender der Arbeitsgruppe über deren Aktivitäten berichten und den vorläufigen Ergebnisstand für einen Resolutionsentwurf, der Ihnen allen zugegangen ist, erläutern. Wir haben in Abstimmung mit dem Steuerungsausschuss und mit Markus vorgeschlagen, dass es heute keine Abstimmung über den Ergebnisstand geben soll.

Markus Müller: Der vorliegende Ergebnisstand wurde in einer sehr produktiven Arbeitsgruppensitzung erarbeitet, in der aber die Baden-Württemberger Delegierten leider nicht anwesend sein konnten. Ich möchte betonen, dass sie intern gefordert waren, weil sie viele Wechsel hatten. Ich denke, wenn ein Konsens mit den betroffenen Landkreisen gefunden wird, wird der Landtag Baden-Württemberg entsprechend mitwirken.

Markus Müller erläutert den vorläufigen Ergebnisstand für einen Resolutionsentwurf. Im Folgenden werden hauptsächlich ergänzende Informationen zum Text wiedergegeben.

9. Fazit: Die Landräte Waldshut, Konstanz und Schwarzwald-Baar kennen die derzeitige Textierung und tragen das Fazit sowie die zuvor aufgelisteten Grundsätze mit.

Resolutionspunkt 1: Die Landräte haben sich dafür ausgesprochen, auch den Kanton Zürich einzubeziehen. Sie pochen außerdem darauf, dass die Lösungsfindung in einem Bottom-Up-Prozess stattfinden muss.

Resolutionspunkt 3: Markus Müller wird das Wording noch dahingehend anpassen, dass Moderatoren aus Deutschland und der Schweiz eingesetzt und Bürgerinitiativen einbezogen werden sollen. Ebenso wird er die Begleitung als reines „Sounding Board“ streichen. Damit reagiert er auf weiteres Feedback der Landräte.

Vorsitzender Harald Sonderegger: Danke, Markus, für die umfassende Einführung in den vorliegenden Resolutionsentwurf. Es stellt sich die Frage, wie wir bezüglich der Arbeitsgruppe weiter vorgehen wollen. Es gibt zwei Varianten:

- Es soll ein letzter Versuch unternommen werden, unter Beteiligung der Baden-Württemberg Mitglieder ein von allen Arbeitsgruppen-Mitgliedern getragenes Ergebnis vorzulegen, das dann der Parlamentsversammlung in der Frühjahrskonferenz 2021 zur Abstimmung vorgelegt werden kann.
- Wenn eine neuerliche Sitzung von den Vertretern aus Baden-Württemberg abgelehnt werden sollte oder nach einer entsprechenden Sitzung der Arbeitsgruppe kein gemeinsames Papier erzielbar scheint, müsste in der Frühjahrskonferenz über die Beendigung der Arbeitsgruppe diskutiert werden.

Brigitte Kaufmann: Mir ist aufgefallen, dass nie der Flughafen Friedrichshafen angesprochen wird, was sehr interessant ist. Ich wohne in Uttwil am Bodensee und finde die Verkehrsbelastung sehr hoch. Der vorliegende Resolutionstext ist in meinen Augen sehr zahm. Ich verstehe das Anliegen, wie ausgeführt vorzugehen, dabei erschließt sich mir jedoch der Resolutionspunkt 1 nicht. Für mich wäre eine Minimalanforderung, dass nicht nur die Landkreise, sondern auch der Kanton Zürich und die Verantwortlichen des Flughafens involviert werden.

Markus Müller: Danke für den Hinweis, intern habe ich das bereits ergänzt. Die Flughäfen Friedrichshafen und auch Altenrhein einzubeziehen, ist inhaltlich schwierig.

Vorsitzender Harald Sonderegger: Bezüglich Altenrhein besteht eine Vereinbarung zwischen der Schweiz und Österreich, weshalb im Rahmen der Einsetzung dieser Arbeitsgruppe klar festgehalten wurde, dass der entsprechende Flughafen nicht thematisiert werden soll.

Robert Raths: Ich würde die Arbeitsgruppe nie auflösen, da sie ein zentrales Thema behandelt. Ich hätte Interesse, mich an der Arbeitsgruppe zu beteiligen.

Esther Guyer: Ich war früher Mitglied dieser Arbeitsgruppe. Wenn ich mich recht erinnere, geht es konkret um die Umsetzung eines bestehenden Betriebskonzeptes, die aber an den baden-württembergischen Interventionen scheiterte. Wenn hier eine Lösung gefunden wurde, können weitere Punkte in Angriff genommen werden. Was die Beteiligung des Landtags Baden-Württemberg an der Problemlösung betrifft, bin ich nach den bisherigen Erfahrungen jedoch nicht so optimistisch wie Du, Markus.

Vorsitzender Harald Sonderegger: Wenn ich die Wortmeldungen richtig interpretiere, besteht grundsätzlich Einverständnis, dass Markus Müller zu einer weiteren Sitzung der Arbeitsgruppe einlädt.

Gegen die vorgeschlagene Vorgehensweise werden keine Einwände erhoben.

Der Vorsitzende dankt Markus Müller für seinen Bericht und die umfassende Erläuterung des vorläufigen Ergebnisstands.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der ORF Vorarlberg ersucht hat, einen Kameranachschwenk und einige Interviews in der Mittagsunterbrechung machen zu dürfen. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

10. Informationen und allfällige Anträge aus dem Steuerungsausschuss

Bericht des Vorsitzenden zum Thema Neophyten

Vorsitzender Harald Sonderegger: Nach Rücksprache mit den Verwaltungsexperten hat sich der Steuerungsausschuss dagegen ausgesprochen, eine Vereinheitlichung der rechtlichen Rahmenbedingungen weiterzuverfolgen. Aufgrund der Vielzahl an regionalen Unterschieden und unterschiedlichen rechtlichen Vorgaben auf Bundes- und europäischer Ebene wäre dies kein realistisches und vor allem auch kein zweckmäßiges Vorhaben.

Die Abteilung für Umwelt- und Klimaschutz im Amt der Vorarlberger Landesregierung hat jedoch angeboten, zu einer gemeinsamen Exkursion einzuladen, bei der sich die Experten aus den Mitgliedsländern und -kantonen fachlich austauschen, die Kontaktpflege intensivieren und Handlungsweisen abstimmen können. Ich darf also anbieten, dass Vorarlberg zu einer solchen Exkursion einlädt, sobald dies hinsichtlich der Covid-19-Rahmenbedingungen wieder möglich sein wird und Sinn macht.

Gibt es zu diesem Vorschlag Wortmeldungen? Ich sehe, dass das nicht der Fall ist. Somit nehme ich Zustimmung an.

Bericht des Vorsitzenden zum Thema Charta Metropolitanraum Bodensee

Vorsitzender Harald Sonderegger: Am 19. Februar 2020 wurde die Charta „Metropolitanraum Bodensee“ von verschiedenen Körperschaften und Vereinigungen unterzeichnet. Da der Metropolitanraum Bodensee nicht alle Mitgliedsländer- und -kantone umfasst, kam der Steuerungsausschuss zum Ergebnis, dass eine nachträgliche Unterstützung der Charta durch die IPBK nicht denkbar bzw. nicht mehrheitsfähig wäre. Aus demselben Grund hat übrigens auch die IBK die Charta nicht unterzeichnet.

Die Beratungen und auch ein Wunsch aus dem Themencall zur Frühjahrskonferenz haben aber ergeben, dass das Thema Metropolitanraum generell von Interesse ist. Es wurde daher ein Vortrag angeregt. Dem vorgeschlagenen Referenten Prof. Dr. Alain Thierstein (Technische Universität München) wäre eine Teilnahme terminlich leider nur an der abgesagten Frühjahrskonferenz möglich gewesen. Meines Wissens ist die Charta Metropolitanraum Bodensee

bzw. das Thema Metropolitanraum an sich von St. Gallen bereits für nächstes Jahr vorgesehen.

Weitere Vorgehensweise „Zielbild Raum und Verkehr“

Vorsitzender Harald Sonderegger: Die Frage, wie sich die IPBK-Delegierten in den Prozess einbringen können, wurde bereits unter Tagesordnungspunkt 3. von Landesrätin Martina Rüscher beantwortet. Gibt es dazu noch Wortmeldungen oder Abstimmungsbedarf?

Kurt Zubler: Wir haben heute gehört, dass uns das Zielbild Raum und Verkehr vorgestellt wird. Aber in der Resolution haben wir eigentlich gebeten, auch in die Entwicklung einbezogen zu werden. Ist das für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen oder gar untergegangen?

Vorsitzender Harald Sonderegger: Wir haben in Vorgesprächen und Abklärungen wiederholt darauf hingewiesen, dass Formate zu finden sind, mittels derer auch die Meinungen und Einschätzungen unserer Seite einfließen können. Das ist bei der IBK deponiert; in welcher Intensität diese Einbindung erfolgen wird, ist im Moment leider noch eine offene Frage. Wir bleiben an der Angelegenheit dran.

Bruno Cozzio: Wir müssen uns der verschiedenen Funktionen bewusst sein. Es ist die Aufgabe der IBK, Vorschläge zu unterbreiten; wir haben den Auftrag, die Vernehmlassung durchzuführen. Wir sind nicht das Gremium, das Lösungsvorschläge erarbeitet.

Informationen zur Pendenzenliste

Vorsitzender Harald Sonderegger: Auf Anregung des Steuerungsausschusses wurde eine Pendenzenliste erstellt. Es ist vorgesehen, dass diese vom jeweiligen Vorsitzland bzw. -kanton weitergeführt und dem nächsten Vorsitzland übergeben wird. So ist ein langfristiger Überblick über die Themen, mit denen sich die IPBK bereits beschäftigt hat oder noch beschäftigen sollte, über die Jahre gesichert und verfügbar.

11. Informationen des Internationalen Städtebundes Bodensee (ISB)

Vorsitzender Harald Sonderegger: Herr Josef Büchelmeier, der Geschäftsführer des Internationalen Städtebundes Bodensee, musste sich aufgrund eines kurzfristigen persönlichen Termins leider entschuldigen. Er hat uns jedoch einen schriftlichen Bericht zukommen lassen, den Sie in Ihren Tischunterlagen finden. Wir werden Ihnen den Bericht auch digital zusenden.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung um 12.15 Uhr.

12. Öffentlicher Personennahverkehr in Vorarlberg

Der Vorsitzende nimmt die unterbrochene Sitzung um 14.15 Uhr wieder auf und begrüßt die Anwesenden.

Vorsitzender Harald Sonderegger: Christian Hillbrand, der Geschäftsführer der Verkehrsverbund Vorarlberg GmbH (VVV), ist leider kurzfristig verhindert. Er wird deshalb von Herrn Jürgen Klammsteiner, dem Finanzleiter des Unternehmens, vertreten.

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Klammsteiner.

Jürgen Klammsteiner führt anhand einer Präsentation durch seinen Vortrag (Anlage 3). Im Folgenden werden hauptsächlich ergänzende Informationen zu den Folien wiedergegeben.

Folie 7: Der VVV arbeitet eng mit den Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden zusammen. Die Bürgermeister können in ihren Regionen wesentlich über das Fahrplanangebot mitbestimmen.

Folie 8: Der VVV in seiner heutigen Form wurde im August 1999 gegründet.

Folie 10: Bund, Land, Verkehrsverbund und die Gemeinden greifen auf verschiedene Förderöpfe zu. Derzeit wird an einem neuen, einfachen Finanzierungsmodell gearbeitet.

Folie 13: Bruttobestellung bedeutet: Der Auftraggeber, d.h. die Gemeinden, finanziert die bestellte Leistung und erhält sämtliche Einnahmen aus dieser Bestellung. Das Risiko liegt somit nicht beim Unternehmen.

Folie 22: Die neuen Zuggarnituren der ÖBB haben sich leider verzögert; wir hoffen, dass wir sie nächstes Jahr bekommen.

Folie 24: Im Jänner 2014 haben wir in Vorarlberg die 365-Euro-Jahreskarte eingeführt. Verglichen mit den Vorjahren, als die Jahreskarte fast das Doppelte kostete, haben wir in Summe einen wesentlichen Mehrumsatz erzielt.

Folie 26: Das Bodensee Ticket (früher: Tageskarte Regio Bodensee) wird sehr gut angenommen und ist sozusagen *das* Familien-Urlaubsticket in der Region.

Folie 29: Derzeit haben in Vorarlberg knapp 10.000 Personen die *Fairtiq-App* heruntergeladen und nutzen sie mindestens einmal im Monat.

Folie 35: *One Mobility* ist eine Kooperation zwischen dem Verkehrsverbund Vorarlberg, dem Verkehrsverbund Tirol, der Stadt Innsbruck, dem Oberösterreichischen Verkehrsverbund und den ÖBB. Es geht um die Einrichtung einer Plattform, über die Jahreskarten bei jedem der Partner zu erwerben sind, mit einem gemeinsamen Datenpool, Buchhaltung und vielem mehr. Das Projekt soll bis 2023 realisiert werden.

Benno Scherrer: Über die Fahrplanabfrage auf der Website der Deutschen Bahn ist es mir unmöglich, eine Verbindung von Zürich nach Gargellen zu finden. Bin ich da falsch informiert bzw. gibt es Pläne, das zu ändern?

Jürgen Klammsteiner: Wir wissen, dass bei den ÖBB die Anschlussverbindung an die Privatbahn „Montafonerbahn“ früher nicht angezeigt wurde. Bezüglich der Website der Deutschen Bahn habe ich leider keine Informationen.

Benno Scherrer: Ich staune eben, weil das die Plattform für Reisen in ganz Europa ist und Vorarlberg doch Anrainerland ist. Ich bin froh, wenn ich das hier deponieren kann.

Lorenz Laich: Wenn ich das 1-2-3-Ticket mit den sogenannten Generalabonnements in der Schweiz vergleiche, kann es kaum auch nur annähernd kostendeckend sein. Es wird sich also klar um einen Akt der Subventionierung handeln.

Jürgen Klammsteiner: Ja, es wird einen Zuschuss vom Bund geben. Die Abgeltungen der verschiedenen Verkehrsverbände und Eisenbahnunternehmen sind allerdings noch nicht geklärt, deshalb wissen wir noch nicht, wann das Ticket eingeführt werden kann.

Vorsitzender Harald Sonderegger: Das 1-2-3-Ticket ist im türkis-grünen Regierungsprogramm enthalten. Für die nächsten Monate ist eine Finalisierung des Vorschlags angekündigt. Wie oftmals, wenn es um komplexe Finanzierungen im Hintergrund geht, dreht sich die Diskussion um Details, aber es gibt die klare politische Aussage, dass das Projekt realisiert werden soll.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Klammsteiner für seinen Vortrag und seine Bereitschaft, kurzfristig für Herrn Hillbrand einzuspringen.

13. Verschiedenes

Vorsitzender Harald Sonderegger: Gerne darf ich an dieser Stelle die von St. Gallen übermittelten Termine für das kommende Jahr bekanntgeben.

Die Termine werden projiziert:

| Anlass | Datum |
|-----------------------|----------------------|
| Frühjahrskonferenz | 29./30. April 2021 |
| PräsidentInnentreffen | 25. Juni 2021 |
| Herbstkonferenz | 14./15. Oktober 2021 |

Walter Gartmann: Im Frühjahr werden wir voraussichtlich im Raum Rorschach tagen – unser Delegierter Robert Raths ist ja der dortige Stadtpräsident – und auch für die Herbstkonferenz gibt es bereits einige Ideen. Uns ist es jedenfalls wichtig zu zeigen, was der Kanton St. Gallen zu bieten hat, und es ist uns wichtig, dass wir als Gremium etwas bewegen.

Turi Schallenberg: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dies ist meine letzte Sitzung in der IPBK. Als ich das erste Mal an einer IPBK-Konferenz teilnahm, wusste ich nicht recht, wo ich gelandet bin. Es wurden Themen auf einer sehr hohen Flughöhe behandelt. Dann habe ich jedoch festgestellt: Hier wird wirklich gearbeitet, es werden Resolutionen erlassen und Wünsche an die Regierungen weitergegeben. In meinem Vorsitzjahr durfte ich mich vertieft mit dem Bodenseeraum auseinandersetzen und kann das Fazit ziehen: Diese Flughöhe lohnt sich wirklich. Sie erlaubt es, für unseren Lebensraum wirkliche Lösungen zu suchen und zu entwickeln.

Im heurigen, corona-geprägten Jahr, wäre es einfach gewesen, zu sagen: Die IPBK kann leider nicht zusammenkommen. Harald, Borghild und ihr Team haben mit großem Einsatz das Gegenteil bewiesen und gezeigt, dass ihnen gute Nachbarschaft sehr wichtig ist. Ich möchte Euch ganz herzlich danken für das, was Ihr geleistet habt, und darf den Pin des Kantons Thurgau übergeben. Wer mich kennt, weiß, dass ich den Thurgau liebe – diesen Pin erhält man nicht so einfach. Vielen Dank!

Vorsitzender Harald Sonderegger: Lieber Turi, Du hast einiges vorweggenommen, was ich in ähnlichen Worten sagen wollte. Ich möchte mich ganz herzlich für dieses Zeichen der gegenseitigen Wertschätzung bedanken, die auch die zwei Jahre, in denen wir intensiv zusammenarbeiten durften, geprägt hat. Ich bedanke mich bei Dir!

14. Übergabe an den Kanton St. Gallen

Vorsitzender Harald Sonderegger: Über den Verlauf dieses Jahres haben wir schon einiges gehört, das brauche ich nicht zu wiederholen. Der Austausch, der sich im Rahmen der IPBK-Sitzungen auch über die Tagesordnungspunkte hinaus ergibt, ist wesentlich für unsere nachbarschaftlichen Beziehungen, insbesondere, weil wir so auch verstehen können, wie die Arbeit in unseren unterschiedlichen politischen Systemen abläuft.

Ich danke Euch allen, dass Ihr zu uns gestanden seid und unsere Bemühungen, die Herbstkonferenz möglich zu machen, unterstützt habt. Ich darf mich abschließend nochmals bei Dir, lieber Turi, für Dein Engagement im Steueraussschuss und die vielen freundschaftlichen Begegnungen bedanken.

Dir, lieber Walter, darf ich nun die IPBK-Glocke symbolisch weiterreichen und wünsche Dir alles Gute für das kommende Vorsitzjahr. Ich bin überzeugt, wir werden gut zusammenarbeiten. Vorarlberg steht Euch gerade unter diesen herausfordernden Bedingungen jederzeit gerne mit Rat und Unterstützung zur Seite.

Walter Gartmann: Geschätzter Harald, liebe Borghild, ich möchte mich bedanken für die großartige Arbeit, die Ihr geleistet habt. Wir werden alles dafür tun, den Kanton St. Gallen von seiner besten Seite zu zeigen. Ich freue mich, diese grenzüberschreitende Erfahrung miteinander zu teilen, und weiß, dass ich ein gutes Team hinter mir habe.

Vorsitzender Harald Sonderegger: Ich wünsche uns allen, dass wir als Gesellschaft und auch als IPBK aus dieser Krise gestärkt hervorgehen. Es war mir eine große Ehre und auch eine große Freude, die Internationale Parlamentarische Bodensee-Konferenz in diesem besonderen Jahr leiten zu dürfen. Herzlichen Dank und eine gute Heimreise!

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 15.15 Uhr.